

24.10.2015



Sehr geehrte Damen und Herren.

Unser Land ist in einer kritischen Lage.

Über Jahre hinweg haben die Politiker in einer ganzen Reihe von Fehlentwicklungen das gesellschaftliche System in Deutschland beschädigt.

Die Demokratie wurde beschädigt, weil es keine Opposition mehr gibt. Weil mittlerweile mehr Menschen bei Wahlen zu Hause bleiben als wählen zu gehen, weil Lobbyisten zunehmend an Einfluss gewonnen haben. Weil die Politiker nicht mehr auf das Volk hören sondern ihr Volk erziehen oder austauschen wollen.

Die Rechtsstaatlichkeit wurde beschädigt, weil nationale Gesetze und internationale Verträge gebrochen und missachtet werden. Beispiele dazu sind die Euro-Stabilitätskriterien, der Vertrag von Maastricht, die Asylgesetze, weil Abschiebungen nicht mehr erfolgen, das Verbot der EZB, Staatsanleihen aufzukaufen, das Verbot, Angriffskriege zu führen (gilt auch in Koalitionen), usw.

Gesetze wischen die Regierenden stets mit dem Hinweis beiseite, man wäre in einer unvergleichlichen Krise, und ihre Lösungsansätze wären alternativlos. Parallel wird eine große Drohkulisse und ein hoher, zeitlicher Druck aufgebaut um die Maßnahmen zu rechtfertigen und Gegenstimmen zu verhindern.

Dabei bleiben die Entscheider untätig bei drängenden Problemen. Der Kinderarmut zum Beispiel und der daraus resultierenden Probleme für die Altersabsicherung, für die Renten, für die Pflege und für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Bei der steigenden Zahl von Einbruchsfällen und der Etablierung von organisierter Kriminalität. Bei der Gewalt gegen Polizisten und der zunehmenden Gesetzlosigkeit in No-Go-Areas.

Die etablierten Parteien liefern den Bürger sogar noch ans Messer. Sie schreiten nicht gegen die Bespitzelung durch ausländische Geheimdienste ein, sondern beteiligen sich auch noch über unsere eigenen Dienste daran. Sie verhandeln im Geheimen ein Freihandelsabkommen, welches einzig den USA und den großen Konzernen und ihren Aktienbesitzern nebst ihrer teuren Anwälte nützt.

Sie beseitigen Stück für Stück gewachsene Werte wie Ehe, Familie, Vaterlandsliebe und mittels Gender-Ideologie auch das Rollenverständnis von Mann und Frau und beeinflussen die Entwicklung unserer Kinder durch frühe Sexualisierung in den Schulen negativ.

Mit Ihnen zusammen wirken unablässig die Medien, welche sich der „political correctness“ verschrieben haben. Statt aufzuklären und aufzudecken, moralisieren diese und lassen ungebetene Meinungen nicht zu Wort kommen, ja berichten teilweise falsch oder gar nicht. Leiden müssen wir alle darunter, bis hinein in die Sprache, die geschlechterneutral umgestaltet wird.

Die neueste Untat der Regierung ist das Zulassen einer völlig ungesteuerten massenhaften Einwanderung. Die eigene Bevölkerung vor dieser Völkerwanderung und den damit einhergehenden Konsequenzen zu schützen, haben unsere Abgeordneten bisher nicht einmal versucht. Sie scheinen willenlos ausgeliefert zu sein, einer

Entwicklung, die sie weder begreifen können noch steuern wollen.

Durch diese fatalen, zerstörerischen Entwicklungen aufgeschreckt, gründete sich 2013 die Alternative für Deutschland.

Ihr Ziel ist unter anderem die Wiederherstellung von

- Demokratie
- Meinungsfreiheit
- Rechtsstaatlichkeit
- sozialer Marktwirtschaft
- Kompetenzen der Nationalstaaten

Von Anfang an waren in der Alternative für Deutschland also bundespolitische und europapolitische Themen vorherrschend.

- Die Einführung von Volksentscheiden nach Schweizer Vorbild.
- Die Beendigung der Euro-Rettungspolitik bei der letztlich nur die privaten Banken gerettet werden
- Die Reform der EU hin zu Bürokratieabbau, zu mehr Transparenz, dem Zurückdrängen des Lobbyismus und dem Herstellen von echter Subsidiarität, das heißt, der Rückverlagerung von Kompetenzen und Entscheidungen zu den nationalen Parlamenten statt Zentralismus und einem Europäischen Superstaat
- Schutz der Familie und Stärkung der Verantwortung der Eltern für die Erziehung ihrer Kinder
- eine Neuordnung des Einwanderungs- und Asylrechts, mit der Schaffung eines Einwanderungs-Gesetzes nach Kanadischem Vorbild
- keine Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme
- kein Freihandelsabkommen zu Lasten Europas, da die Verhandlungen undemokratisch und intransparent geführt werden und die Rechtsstaatlichkeit der Länder unterwandert werden soll
- Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen
- Ablehnung des Gender-Mainstreaming, das auf die Abschaffung der Geschlechteridentitäten der biologischen Geschlechter (Mann/ Frau) zielt
- Stärkung der bäuerlichen, regionalen Landwirtschaft
- Schutz der Bürger und ihrer Freiheitsrechte was den vertraulichen Datenverkehr, die informationelle Selbstbestimmung und den Schutz der Privatsphäre mit einschließt
- der Abschaffung des Bargeldes entgegen zu treten

Diese Themen wollten wir in die Öffentlichkeit tragen und so die Bundespolitik verändern. Darum gründeten die Wolfsburger Mitglieder im Dezember 2013 den Kreisverband Wolfsburg der AfD.

Nach dem Bundestags-Wahlkampf 2013 und dem Europa-Wahlkampf 2014 zeigte sich aber schnell, dass diese Themen auch kommunale Auswirkungen haben.

Auch in der Gemeinde muss echte Demokratie gelebt werden. Vielleicht sogar gerade dort, wenn man sich die seit Jahren steigenden Quoten der Nichtwähler ansieht.

Die ungesteuerte Einwanderung in unser Land stellt besonders die Kommunen vor die Herausforderung, „wohin mit den Menschen“, „wie integrieren“.

Zudem kamen ganz eigene, „Wolfsburger“ Themen die auch uns, die wir ebenfalls Wolfsburger sind, bewegen, dazu.

- Wie schaffen wir es, dass Wolfsburg grün und lebenswert bleibt?

- Wollen wir weitere Glasdächer und Phaenos?
- Wie soll sich unsere Stadt entwickeln?
- Wie sollte der Verkehr geregelt werden, damit er auch in Zukunft reibungslos läuft?
- Wie schaffen wir es, die steigenden Zahlen von Wohnungseinbrüchen zu stoppen?

Diese Fragen haben wir uns in Arbeitsgruppen von November 2014 bis April 2015 gestellt und unsere Antworten darauf erarbeitet.

Das Ergebnis dieses Prozesses ist unser kommunales Programm für den Kreisverband Wolfsburg, das Ihnen hier vorliegt.

Wir haben uns entschlossen, bei der Kommunalwahl 2016 anzutreten und Ihnen, den Wolfsburger Bürgern eine kommunale Alternative zu den etablierten Parteien anzubieten.

Wir hoffen, dass wir Sie von unserer Sicht, von unseren Politik-Ansätzen überzeugen können und bitten Sie um ihr Vertrauen und natürlich um ihre Stimme für unsere Kandidaten und unsere noch junge Partei.

Wir wollen für Wolfsburg und unser Land positiv wirken, konstruktiv arbeiten und uns ihres Vertrauens würdig erweisen.

Ihnen wünsche ich eine interessante Lektüre.

Über Anregungen und Gespräche freuen wir uns sehr. Über unsere Homepage auf www.afd-kreis-wolfsburg.de können Sie mit uns in Kontakt treten.

Herzlichst,

Thomas Schlick
Vorsitzender Kreisverband Wolfsburg

Inhaltsverzeichnis:

A) Jugend/ Kinderbetreuung/ Schule/ Familienförderung	6
1. Talente und individuelle Begabungen	6
2. Sitzenbleiben und Zensuren	6
3. Sexualisierung unserer Kinder	6
4. Beiträge zur Kinderbetreuung	6
5. Fremdsprachlichkeit und musikalische Erziehung	6
6. Betreuung nah am Arbeitsplatz	6
7. Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund	7
8. Qualifizierte Erzieher und Lehrer	7
9. bedarfsorientierte Betreuung	7
10. Schulwahl	7
B) Innere Sicherheit/ Bekämpfung von Kriminalität	7
1. Bessere Ausstattung und mehr Beamte	8
2. Ermittlungsgruppe für Wohnungseinbrüche	8
3. Private Sicherheitsdienste	8
4. Anerkennung der Leistungen der Beamten	8
5. Mehr Respekt einfordern	8
6. Kleine Dienststellen erhalten	8
7. Verfahrensdauer erheblich reduzieren	8
8. keine Kuscheljustiz	9
9. Erwachsenenstrafrecht konsequent anwenden	9
10. Kein Kultur/ Religionsrabatt	9
11. Gegendemos	9
12. extremistische Gewalt entschlossen bekämpfen	9
13. IS-Extremisten entschlossen bekämpfen	9
14. Mehr Bürgerbeteiligung bei Fragen der Sicherheit.	9
15. Förderung von privaten Maßnahmen zur Einbruchsverhinderung	9
C) Bauen/ Stadtentwicklung/ Wolfsburg wächst.	9
1. Ja zu gesundem, nachhaltigem Wachstum	9
2. Wo wir keine Bebauung wollen	9
3. keine Block-Architektur	9
4. Schleichender Entgrünung entgegenwirken	9
5. keine Mega-Wohnprojekte mehr	9
6. Mehrgenerationen-Projekte	10
7. sozialer Wohnungsbau	10
8. bauliche Highlights	10
9. Wohnortnahe Versorgung/ Infrastruktur sicher stellen	10
10. Erhalt des historischen Charakters in den Ortsteilen	10
11. Wohnen von Flüchtlingen in Wolfsburg	10
12. kleiner Bürgerentscheid	10
D) Verkehr/ Infrastruktur	10
1. Ausbau der A39	10
2. Ausbau der B188	10
3. Nordsteimker Straße/ Reislinger Straße	11
4. Stadtbahn	11
E) Wirtschaftsförderung	11
1. Industrie u. Dienstleister verstärkt ansässig machen	11
2. Förderung von hochwertigeren Geschäftsgründungen	12
F) Markthalle/ Busbahnhof	12
1. Markthalle mit Busbahnhof	12
2. Gründerpool	12

G) Fusionen von Landkreisen	12
1. Fusionen von Kommunen und Landkreisen einfacher ermöglichen	12
H) Bürgerbeteiligung/ Transparenz	12
1. Umfragen und Abstimmungen auf Kommunalen Ebene	12
I) Hallennutzungsgebühr	12
1. Hallennutzungsgebühren und Gebühren für Platzbenutzung drastisch reduzieren	12
J) Fracking	12
1. Fracking in und um Wolfsburg	12
K) VfL-Stadion	13
1. Nachnutzung des alten Stadions	13
L) Allerpark	13
1. Das letzte „Grün“ am Allersee retten.	13
M) Klinikum	13
1. Programm gegen die Verbreitung von multiresistenten Keimen	13
N) Förderung des Vereinssports	13
1. Mehr Möglichkeiten schaffen um qualifizierte Erzieher und Trainer auszubilden	13
O) Privatisierungen	13
1. öffentlichen Grundversorgung und hoheitliche Aufgaben nicht privatisieren	13

A) Jugend/ Kinderbetreuung/ Schule/ Familienförderung

1. Die AfD Wolfsburg will Talente und individuelle Begabungen fördern. Das bedeutet, dass Schüler mit hervorragenden Leistungen einer besonderen Förderung ebenso bedürfen, wie Kinder, die Lernschwach sind oder ein Handicap haben. Das schließt den eingeschlagenen Weg der Inklusion wie sie z.B. die Grünen fordern aus. Wir stellen uns dagegen eine strukturierte Inklusion vor, bei der die Grenzen der Inklusion anerkannt werden. Eine Bildung bei der alle gemeinsam unterrichtet werden, wird oft beiden Gruppen, den lernstarken und lernschwachen Kindern, nicht gerecht und es überfordert oftmals die Lehrer. Inklusion nach Maß mit dem Vorhalten von Förderschulen halten wir für den besten Weg, auch wenn die Verwaltungen gerne die Förderschulen aus finanziellen Gründen abschaffen würden und andere Parteien dies aus ideologischen Gründen der Gleichmacherei.
2. Wir finden, dass Sitzenbleiben und Zensuren wichtig sind und nicht abgeschafft werden sollten. Über Zensuren können Lehrer, Eltern und Kinder die Leistung beurteilen und nachvollziehen. Allgemeine, langatmige Texte zum Verhalten verschleiern nur und sind Ausdruck einer Gesellschaft die den Mut zu Wahrheit verloren hat.
3. Wir lehnen die Sexualisierung unserer Kinder nach den Plänen der SPD/ Grünen ab. Kinder sollten aufklärenden Unterricht in der Schule, altersgemäß, erhalten. Dies umfasst aber nicht die weit darüber hinaus gehenden Pläne die derzeit diskutiert werden. Wir meinen, dass es unseren Kindern schadet statt nützt und es in der Sexualität Raum geben muss, die eigenen Vorlieben und Neigungen selbst zu entdecken statt beigebracht und aufgedrückt zu bekommen. Das Gender-Mainstreaming lehnen wir ab.
4. Wir wollen die Beiträge zur Kinderbetreuung verändern. Kurzfristig wollen wir das erste Kind beitragsfrei stellen, um ein Zeichen zu setzen das sagt: „Trau dich zu deinem ersten Kind, es ist willkommen und keine Last- auch keine finanzielle“. (Bisher ist es ja so, dass das erste Kind voll bezahlt werden muss, das Zweite zur Hälfte und alle weiteren Kinder frei sind). Langfristig stimmen wir mit den anderen Parteien in Wolfsburg überein, dass Kinderbetreuung kostenlos angeboten werden sollte.
5. Wir wollen Fremdsprachlichkeit und musikalische Erziehung fördern. Ab dem Kindergarten sollte für alle Kinder eine Fremdsprache angeboten werden. Dieses Angebot sollte sich nicht nur an die Kinder richten, deren Eltern das Zusatzangebot auch bezahlen können. Die Grundschulen sollten dieses Konzept beibehalten, damit keine „Lücke“ entsteht. Ebenso könnte man mit der musikalischen Förderung umgehen. Das Geld dafür sollte man durch Einsparungen erzielen, indem die Kommune auf „fragwürdige“ Projekte verzichtet (Stichworte der Vergangenheit: Das Phaeno, das Glasdach oder die Markthalle, Finanzierung von Genderprojekten).
6. Wir wollen die Wirtschaft in die Pflicht nehmen. Arbeitgeber wollen gerne dass auch Frauen beruflich tätig sind. Das schafft Probleme in der Betreuung der Kinder. Viele

Eltern wünschen sich daher eine Betreuung nah am Arbeitsplatz. Es kann aber nicht Aufgabe der Stadt Wolfsburg sein, für alle Pendler Kitas und Krippen vorzuhalten. Hier sind die Arbeitgeber in der Pflicht! Es gibt gute Beispiele für Betreuungsmöglichkeiten die von Arbeitgebern unterhalten werden. Dies ist auch in Wolfsburg möglich. Gewerkschaften sollten sich mit dafür einsetzen, dass die Arbeitgeber hier tätig werden.

7. Wir wollen eine stärkere Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund. So können Sprachschwierigkeiten und Probleme mit der Sozialisation gemeinsam angegangen werden. Wir lehnen keines der Kinder ab sondern wollen, dass sie fähig werden, an unserer Gesellschaft teil zu haben, beruflich erfolgreich zu sein und sich in unserer Gesellschaft zurecht zu finden. Notfalls müssen Defizite auch verpflichtend zum Wohle der Kinder durchgesetzt werden.
8. Bezahlung ist ein Ausdruck der Wertschätzung. Darum sollen Betreuer, Lehrer und Erzieher auch dementsprechend entlohnt werden. Dazu gehört auch eine vollwertige Ausbildung, die die Qualität hochhält. Wir brauchen Qualifizierte Erzieher und Lehrer. Diese ergreifen den Job aber nicht per Zeitvertrag und Minijob.
9. Eine bedarfsorientierte Betreuung muss auch in der Ferienzeit sicher gestellt sein. Gerade in Zeiten, wo die Schule geschlossen ist, bekommen Eltern häufig Probleme mit der Betreuung von 0 bis 6-Jährigen. Wir halten die Mutterrolle für eine sehr wichtige Funktion in unserer Gesellschaft und meinen, dass es etwas ganz natürliches ist, wenn gerade in den ersten 3 Lebensjahren die Mutter ihr Kind versorgt und erzieht. Wir wollen dieses Lebensmodell nicht schwächen denn es fördert die familiären Bindungen. Allerdings gibt es auch Fälle, wo dies nicht möglich ist, wo Verwandte als Betreuer nicht erreichbar sind und zusätzlich in Schicht gearbeitet wird. Für die Frauen, die dieser Situation ausgesetzt sind, sollte es das Angebot einer 24-Stunden-Kita geben. Hier sollte die Stadt den eventuellen Bedarf ermitteln.
10. Wir halten das Niedersächsische Modell, dass alleine der Elternwille ausschlaggebend für die weitere Schulwahl ist für Problematisch. Oft möchten Eltern, dass ihre Kinder auf ein Gymnasium gehen, obwohl nach Einschätzung der Lehrer dies das Kind überfordern würde. Wir können uns bei unterschiedlicher Einschätzung von Eltern und Schule einen Eignungstest vorstellen, der die Zweifel ausräumt und Klarheit herstellt. Dieser Test sollte dann den Ausschlag geben.

B) Innere Sicherheit/ Bekämpfung von Kriminalität

Es geht uns um das Wiederherstellen des Sicherheitsgefühls der Bürger!

Obwohl in den Statistiken die Strafzahlen fallen, sinkt gleichzeitig auch das Sicherheitsempfinden der Bürger. Scheinbar wirken einzelne Bereiche der Kriminalität sowie das Verhalten und Auftreten des Staates als ordnungsgebende Macht stark zersetzend was das Sicherheitsgefühl angeht. Das überlagert stark die in anderen Bereichen gute Arbeit der Polizei.

Wenn man den Statistiken denn glauben mag, muss man dieser Diskrepanz

entgegenwirken.

Das schaffen wir in dem wir folgendes durchsetzen:

1. Bessere Ausstattung und mehr Beamte. Zudem müssen mehr Beamte in den operativen Bereich und weniger in die Verwaltung. Das kann man nur erreichen, wenn man der Steigerung des Durchschnittsalters der Beamten entgegenwirkt welches dadurch entsteht, dass derzeit immer weniger junge Beamte eingestellt werden.
2. Einrichtung einer gut ausgestatteten Ermittlungsgruppe für Wohnungseinbrüche. Die immer weiter steigende Zahl von Einbrüchen muss effektiv bekämpft werden. Eine Aufklärungsquote von derzeit 16% ist inakzeptabel. Da gerade Einbruchsdiebstähle das Sicherheitsgefühl der Bürger stark beschädigen, überlagert diese Verbrechenstypologie den Rückgang vieler anderer Verbrechenstypologien. Wenn wir also das Sicherheitsgefühl der Bürger wiederherstellen möchten, so muss das Problem der vielen Einbrüche mit neuen Strukturen, mehr Personal und mehr Ressourcen aktiv angegangen werden!
3. Sicherheitsorgane sollten nicht privatisiert werden. Private Sicherheitsdienste sind kein Ersatz für die Polizei. Auch das Ordnungsamt kann die Polizeibeamten ergänzen aber keinesfalls substituieren. Die Polizei sollte sich nicht aus scheinbaren Bagatellen herausnehmen (z.B. Verkehrsunfall, Beleidigung, Schwarzfahren, Cannabiskonsum). Die Polizei hat die ihr übertragenen Aufgaben wahrzunehmen und ist entsprechend stark aufzustellen. Wenn die Polizei anfängt, sich aus Personalnot um einige Dinge nicht mehr zu kümmern, dann wird das Sicherheitsgefühl der Bürger weiter zerstört.
4. Mehr Anerkennung der Leistungen der Beamten.
5. Mehr Respekt einfordern (Wir lassen unsere Polizei nicht bespucken, treten, schlagen, beleidigen, bewerfen). Angriffe gegen Beamte sind weder bei den 1.Mai-Ausschreitungen, an den Vatertags-Krawallen, bei Demos, beim Fußball oder in der täglichen Routinearbeit Bagatellen. Sie zeigen ein Auflehnen gegen die Staatliche Ordnung und ein nicht-Respektieren unserer Gesetze. Die Polizei trifft dies als Teil des Staates, gegen den man seine Geringschätzung zeigen will. Der Staat darf ein solches Verhalten nicht respektieren. Um ernst genommen zu werden, müssen die Beamten auch intakte und saubere Gebäude und Ausrüstung haben.
6. Kleine Dienststellen erhalten (der Schutzmann an der Ecke statt Kameras). Wir können nicht jede Straße überwachen. Die Erfahrungen anderer Städte zeigen auch, dass dies die Kriminalität bestenfalls verlagert. Die besten Ergebnisse werden erzielt, wenn die Polizei präsent ist. Das gilt in Großstädten genauso wie auf den Dörfern.
7. Die Verfahrensdauer ist erheblich zu reduzieren/ Jugendschnellgerichte (die Strafe muss der Tat schnell folgen).

8. Strafrahen voll ausschöpfen, keine Kuscheljustiz. Dies dient der Abschreckung ebenso wie dem Lerneffekt. Täter sollten den Ort ihrer Straffableistung nicht selber auswählen dürfen (z.B. Sozialstunden bei Verwandten/ Freunden). Straftäter nach der Festnahme sofort wieder laufen zu lassen, untergräbt das Vertrauen in die Behörden!
9. Erwachsenenstrafrecht konsequent anwenden ab 18 Jahren.
10. Kein Kultur/ Religionsrabatt vor Gericht, keine Scharia-Gerichte, auch keine religiösen Friedensrichter/ Schlichter.
11. Gegendemos nicht am gleichen Tag/ am gleichen Ort genehmigen. Wir zerreiben sonst unsere Polizei.
12. Linksextremistische Gewalt muss genauso wie rechtsextremistische Gewalt entschlossen bekämpft werden. Mittel dazu müssen bereitgestellt werden. Gewalttätern darf man keine Deckung oder Legitimation geben sondern muss Gewalt ächten und sich von gewaltbereiten Gruppen distanzieren.
13. IS-Extremisten entschlossen bekämpfen (Ermittlungsbehörden entsprechend stärken).
14. Mehr Bürgerbeteiligung/ Mitspracherecht der Bürger bei Fragen der Sicherheit.
15. Förderung von privaten Sicherungsmaßnahmen zur Einbruchsverhinderung (analog KFW-Programme)

C) Bauen/ Stadtentwicklung/ Wolfsburg wächst.

1. Ja zu gesundem, nachhaltigem Wachstum + Bauen in Wolfsburg aber bei gleichzeitigem erhalten und bewahren von Wohnortnahen (markanten) Grünflächen. Es sollten besonders schützenswerte Flächen definiert werden. Natur wird erlebt, wo der Mensch wohnt. Wir können nicht jede Lücke bebauen um Wachstum zu generieren.
2. Wir wollen keine Bebauung am:
 - Schillerteich
 - Klieversberg
3. Wir wollen keine Block-Architektur für Hochhäuser mehr
4. Schleichender Entgrünung entgegenwirken (Nachpflanzen/ Ausgleichsmaßnahmen). Lückenbebauung soll möglich sein, aber sie darf nicht alle grünen Inseln innerhalb der Stadt beseitigen. Eine Bebauung in zweiter Reihe bietet sich vor allem auf den Dörfern an und sollte auf keinen Fall entgegen den Ortsräten beschlossen werden.
5. keine Mega-Wohnprojekte mehr (Beispiel Kerksiek). Lieber kleinere Projekte, die den Ortsteilen Zeit lassen um zu wachsen.

6. Wir wollen gezielt Mehrgenerationen-Projekte in Planungen mit einbringen und umsetzen.
7. Der Anteil von sozialem Wohnungsbau sollte für Investoren festgeschrieben werden (bei Neubauten), z.B. als prozentualer Wert. Dadurch erhoffen wir uns auch einen positiven Effekt auf die in den letzten Jahren stark gestiegenen Mieten. Das bedeutet, dass ein Investor zwingend eine bestimmte Anzahl Wohnungen anbieten muss, die für sozial Schwache gedacht sind. Ist er nicht bereit, dies zu akzeptieren, so disqualifiziert er sich als in Frage kommender Investor.
8. Wir sagen Ja zu baulichen Highlights, aber man muss immer das finanzielle Risiko beachten! Die Ausführung sollte professionell durchgeführt werden, was bedeutet, dass erfahrene Bauunternehmen und Expertenrat zu beauftragen bzw. einzuholen sind. Die Städtischen Wohnungsbauunternehmen sollten sich auf ihre Aufgaben konzentrieren. Fehler wie beim Phaeno dürfen wir nicht wiederholen.
9. Wohnortnahe Versorgung/ Infrastruktur ist sicher zu stellen (Post/ Geldautomaten). Notfalls muss die Stadt intervenieren, um den Bürgern, gerade den Älteren eine fußläufige Infrastruktur zu erhalten. Post und Banken sollten sich ihrer Verantwortung nicht entziehen können.
10. Wir wollen auf den Erhalt des historischen Charakters in den Ortsteilen achten.
11. Kurzfristige Lösungen jedoch auch langfristige Konzepte für das Wohnen von Flüchtlingen in Wolfsburg.
12. Wir möchten einen „kleinen Bürgerentscheid“ im politischen Geschäft einführen. Das bedeutet: Nichts geht ohne den Ortsrat! Lehnt ein Ortsrat ein Vorhaben ab, so muss weiter nach Lösungen gesucht werden. So geben wir dem Ortsrat mehr Gewicht und mehr Verantwortung für das Ganze.

D) Verkehr/ Infrastruktur

1. Ausbau der A39:

Der weitere Ausbau der A39 mit dem Lückenschluss nach Lüneburg und der teilweisen Verbreiterung auf 6 Spuren ist eine wichtige Infrastrukturmaßnahme welche der Region und den Bürgern durch verbesserte Mobilität nützt und die Wirtschaft vor Ort stärkt. Nur eine Verbreiterung der A39 in einigen Streckenabschnitten kann dem höheren Verkehrsaufkommen standhalten. Der zunehmenden Lärmbelastung ist dabei durch geeignete Schutzmaßnahmen Rechnung zu tragen.

2. Ausbau der B188:

Die B188 sollte von Weyhausen bis nach Vorsfelde ausgebaut werden (Was sie Größtenteils in diesem Bereich schon ist). Eine Verlegung der B188 durch den Drömling (Trasse um die Sudamsbreite) lehnt die AfD Wolfsburg wegen des ökologischen Risikos ab. Die AfD Wolfsburg spricht sich stattdessen für eine Neuord-

nung des Verkehrseinfalles aus dem Osten aus, der einen Ausbau der Dieselstraße beinhaltet. Die Dieselstraße könnte dann über die Marie-Curie-Allee an die B188 angeschlossen werden und so einen großen Teil des Verkehrs von der B188 stadteinwärts umleiten. Dadurch würde ein Ausbau mit neuer Trasse in Vorsfelde nicht nötig. Dies reduziert auch den Verkehr über die Berliner Brücke. Damit die Dieselstraße nicht auf ein Nadelöhr zuläuft ist die Verlängerung des Tunnels am Nordkopf nötig. Nur durch diese Maßnahme kann der Verkehr die Nord-Süd-Passage unter der Berliner Brücke ohne Hindernisse (Ampel) queren. Zusammen mit dem Ausbau der Heinrich-Nordhoff-Straße könnte so eine ganz neue hocheffiziente West-Ost-Achse entstehen. Uns sind die Kosten und der Aufwand für eine Verlängerung des Tunnels bewusst. Der längere Tunnel hätte aber eine wichtige Verkehrstechnische Funktion die dies rechtfertigen würde. Ganz im Gegenteil zu dem jetzigen, völlig überflüssigen Tunnel, der die Infrastruktur kaum gestaltet dafür viel gekostet hat.

3. **Nordsteimker Straße/ Reislinger Straße:**

Die Nordsteimker Straße und die Reisliner Straße können im Zuge der zuvor genannten Umgestaltung entlastet werden, indem die Zollstraße eine Anbindung an die nun gut ausgebaute Dieselstraße herstellt. Dafür muss die Zollstraße die den Verkehr ableiten soll für das höhere Verkehrsaufkommen ertüchtigt werden. Für eine spätere evtl. Anbindung der Zollstraße an die B244 muss eine zukünftige Ortsumgehung von Hehlingen/ Reislingen/ Neuhaus mitgedacht werden. Hier sind die betroffenen Bürger die Entscheider.

4. **Stadtbahn:**

Eine Stadtbahn kommt immer mal wieder in die Diskussion. Was wir brauchen ist eine Machbarkeitsanalyse. Die Verwaltung sollte einmal genaue Fakten zusammentragen, welche Für oder gegen eine Stadtbahn spricht. Dazu gehören eine Wirtschaftlichkeitsrechnung und eine Prognose, wie viele Menschen die Bahn nutzen könnten und was im Vergleich mit dem jetzigen Öffentlichen Personennahverkehr damit erreicht werden soll. Aus unserer Sicht macht eine Stadtbahn nur für die Wolfsburger Bürger keinen Sinn, da die Masse an potentiellen Fahrgästen nicht gegeben ist. Eine Stadtbahn hätte nach unserer heutigen Sicht (in Ermangelung einer Machbarkeitsanalyse) nur einen Sinn, wenn Sie mit einem Konzept vereint wird, welches auf ein Park-and-Ride abzielt und sich insbesondere an die Pendler in den Stoßzeiten richtet. Hier müssten aber neben der Stadtbahn noch Park-and-Ride-Parkplätze mitgedacht werden oder Anbindungen an die Nachbarstädte. Ob dies im Vergleich mit der Regionalbahn, den Bussen und den jetzt existierenden Park-and-Ride-Lösungen der Tiguan/ Golf-Linie überhaupt wirtschaftlich sein kann, ist zu prüfen. Die Analyse muss auch die Betrachtung im Rahmen eines überregionalen Verkehrskonzeptes, das Bus und Bahn und private Verkehrskonzepte mit einbindet beinhalten.

E) Wirtschaftsförderung

1. VW unabhängige Industrie u. Dienstleister hier verstärkt ansässig machen. Besonders interessant in dieser Richtung sind IT und Softwarefirmen. Deren Ansiedlung gilt es zu fördern durch diverse Bereitstellung von Gewerbefläche bzw. spezielle

Förderungen aber auch finanzielle Anreize und durch die Schaffung eines Gründerpools der Personen sowie Unternehmen (die nicht der Automobilbranche angehören Gesundheitswirtschaft, IT und Software), die Räumlichkeiten bzw. Infrastruktur sowie finanzielle Starhilfe gewährt.

2. Förderung bei hochwertigeren Geschäftsgründungen (Porschestraße) als Gegenentwurf zu den großen Tiefpreis-Warenhausketten.

F) Markthalle/ Busbahnhof

1. Es sollte auf der Grünfläche neben der Markthalle ein Busbahnhof errichtet werden. Die Markthalle könnte dann als „Wartebereich“ für die Reisenden mit einem 24-Stunden-Kiosk, einer 24-Stunden-Bäckerei usw. ausgestattet werden. Dort könnten auch neben Geld- und Fahrkartenautomat, großzügige, öffentliche Toiletten, Wickelräume, sowie Pausenräume für die Busfahrer entstehen.
2. darüber liegende Räume könnten neue, kleine, innovative Unternehmen in einem Gründerpool aufnehmen.

G) Fusionen von Landkreisen

In Niedersachsen möchten wir Fusionen von Kommunen und Landkreisen einfacher ermöglichen, z.B. dadurch dass die betroffenen Bürger dies per Abstimmung so entscheiden können. Den Zweckverband Braunschweig sehen wir als Versuch, Wolfsburg in der Zukunft in der Struktur so zu fesseln, dass der große Einfluss Braunschweigs bestehen bleibt. Dies ist ein Zeichen festgefahrener Strukturen. Diese können scheinbar nur die Bürger aufbrechen, um eine unvoreingenommene Entwicklung eines jeden Kreises zu ermöglichen. Es sollten weitere Anstrengungen unternommen werden, um Eingemeindungen zu ermöglichen. Wolfsburg ist wirtschaftlich stark und braucht Raum um zu wachsen. Mit einem Votum der Bürger sollte es gelingen, mehr Druck auf die Landesregierung auszuüben. Den anzuschließenden Gemeinden nützt dies durch den starken Verbund. Es ist richtig von den anderen Parteien Wolfsburgs, sich nicht über den Tisch ziehen zu lassen und eine Fusion nur im Rahmen von Eingemeindungen zu verfolgen. Wolfsburg kann sich nicht nur die finanziellen Risiken aufladen ohne selber einen Benefit daraus zu ziehen.

H) Bürgerbeteiligung/ Transparenz

Getreu unserem Bundesprogrammes wollen wir auch auf Kommunalen Ebene Umfragen und Abstimmungen um Entscheidungen direkt durch die Bürger zu fällen. Die direkte Demokratie muss auf allen Ebenen ermöglicht werden.

I) Hallennutzungsgebühr

Wir möchten die durch die neue Sportförderrichtlinie stärker belasteten Vereine dadurch entlasten, dass Hallennutzungsgebühren und Gebühren für Platzbenutzung drastisch reduziert werden.

J) Fracking

Wir sollten gemeinsam versuchen, dass Fracking in und um Wolfsburg herum nicht

zu erlauben. Die meisten Bürger haben zu Recht Angst vor den negativen Auswirkungen, die das Fracking haben kann. Wir wollen uns in Niedersachsen dafür einsetzen, dass das Fracking in unserem Bundesland unterbleibt.

K) VfL-Stadion

Die Stadt ist als Mehrheitseigner des Geländes auch für dessen positive Entwicklung verantwortlich. Sie sollte gemeinsam mit dem Verein VfL ein Konzept verfolgen, dass eine Nachnutzung des alten Stadions erlaubt. Der Vorgelegte Vorschlag des VfL ist ein guter Anfang. Allerdings muss der Verein auch selbst einen angemessenen Anteil an den Kosten tragen, wenn er in der Folge der Nutznießer der Anlage werden will. Die Kostenverteilung 10% (Verein) zu 90% (Stadt) kann nicht der angemessene Schlüssel sein.

Ein Stillstand der Immobilie an diesem Ort ist für die Stadt schädlich. Es droht eine „Brache“ im Herzen Wolfsburgs. Das Gelände hinter dem Stadion könnte als Bauland dienen- die erst kürzlich angelegten Fußballfelder werden in der Zukunft nicht mehr benötigt.

L) Allerpark

Da das Hotel und eine Kletteranlage inzwischen schon beschlossen wurden, muss das Ziel sein, überhaupt noch etwas von dem „Grün“ am Allensee zu retten.

M) Klinikum

Das Klinikum Wolfsburg sollte mit zusätzlichen Mitteln ein Programm gegen die Verbreitung von multiresistenten Keimen starten. Hier ist auf Hygienemaßnahmen, mehr Reinigungspersonal, und teilweise auch räumliche Veränderungen einzugehen. Vorbild sollte die Handhabung des Themas in den Niederlanden sein.

N) Förderung des Vereinssports

Wer den Vereinstrainern Vorgaben macht, der muss auch die Möglichkeiten der Fortbildung mitliefern. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Stadt noch mehr Möglichkeiten schafft und fördert, um qualifizierte Erzieher und Trainer auszubilden (z.B. VHS-Kurse, mehr Angebote zur Juleica, Trainer C).

O) Privatisierungen

Güter der öffentlichen Grundversorgung und hoheitliche Aufgaben sollten nicht privatisiert werden.